



**Schönbrunner Tiergarten-
Gesellschaft m.b.H.,
Wien**

Bericht über die Prüfung des
Konzernabschlusses zum
31. Dezember 2023

28. Juni 2024

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
10253605

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	4
2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	6
2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie zum Corporate Governance-Bericht	6
2.2. Erteilte Auskünfte	6
2.3. Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 273 Abs 2 UGB (Redepflicht des Abschlussprüfers)	6
3. Bestätigungsvermerk	7

Beilagenverzeichnis

	Beilage
Konzernabschluss und Konzernlagebericht	
Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023	I
— Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023	
— Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023	
— Konzern-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2023	
— Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr 2023	
— Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2023	
Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2023	II
Andere Beilagen	
Allgemeine Auftragsbedingungen	III

An die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrats der
Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H.,
Wien

Wir haben die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2023 der

Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H.,
Wien
(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt),

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

In der ordentlichen Generalversammlung vom 17. August 2023 der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H., Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2023 gewählt. Gemäß § 270 Abs 2 UGB gelten wir, da kein anderer Konzernabschlussprüfer bestellt wurde, auch als Abschlussprüfer des Konzernabschlusses. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, hat mit uns einen **Prüfungsvertrag** abgeschlossen, den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung und des Konzernlageberichtes gemäß §§ 269 ff UGB zu prüfen.¹

Die Gesellschaft unterliegt nicht der Verpflichtung zur Einrichtung eines **Aufsichtsrates**, hat aber freiwillig einen Aufsichtsrat eingerichtet.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung**.

Diese **Prüfung erstreckt sich darauf**, ob bei der Erstellung des Konzernabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Konzernlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Es ist auch festzustellen, ob ein Corporate Governance-Bericht gemäß der Regel 15.1.1. des Bundes Public Corporate Governance Kodex (B-PCGK) aufgestellt wurde.

¹ Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 erstatten wir gesondert Bericht.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (*International Standards on Auditing – ISA*). Wir weisen darauf hin, dass das Ziel der Abschlussprüfung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Konzernabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Im Rahmen der Konzernabschlussprüfung haben wir die im Konzernabschluss zusammengefassten Finanzinformationen der einbezogenen Unternehmen daraufhin geprüft, ob sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen und ob die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften beachtet wurden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im **Zeitraum** von April bis Juni 2024 überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Wien durch. Wir haben die Prüfung mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. (FH) Gerhard Wolf, Wirtschaftsprüfer, **verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe" (Beilage III) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung, Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie zum Corporate Governance-Bericht

Bei der Prüfung der Konsolidierung sowie der Finanzinformationen der einbezogenen Unternehmen stellten wir hinsichtlich der **Buchführung** die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften fest. Die im Konzernabschluss enthaltenen Finanzinformationen berücksichtigen im Wesentlichen die vom Mutterunternehmen für den Konzernabschluss vorgegebenen einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien und stellen eine geeignete Grundlage für die Einbeziehung in den Konzernabschluss dar. Die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften wurden beachtet.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Konzernabschlusses** und des **Konzernlageberichtes** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Die Gesellschaft hat einen Corporate Governance Bericht gemäß Regel 15.1.1. des B-PCGK aufgestellt. Eine materielle Prüfung dieses Berichtes war nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

2.2. Erteilte Auskünfte

Der gesetzliche Vertreter hat die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

2.3. Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 273 Abs 2 UGB (Redepflicht des Abschlussprüfers)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Konzernabschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des Konzerns gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des gesetzlichen Vertreters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

3. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H.,
Wien,

und ihrer Tochtergesellschaften ("der Konzern"), bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2023 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise bis zum Datum dieses Bestätigungsvermerkes ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, der gesetzliche Vertreter beabsichtigt, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder hat keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der vom gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.

- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch den gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Aufsichtsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. (FH) Gerhard Wolf.

Wien

28. Juni 2024

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

qualifiziert elektronisch signiert:
Mag. (FH) Gerhard Wolf
Wirtschaftsprüfer

**Konzernabschluss
zum 31. Dezember 2023**

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023**Aktiva**

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 Tsd €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Nutzungsrechte und Lizenzen abzgl. Subventionen und Zuschüsse	49.145,20 -1.252,61	76 -6
	<u>47.892,59</u>	<u>70</u>
2. Anzahlungen auf Nutzungsrechte und Lizenzen abzgl. Subventionen und Zuschüsse	1.690,00 0,00	7 0
	<u>1.690,00</u>	<u>7</u>
	49.582,59	77
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke und Bauten auf fremdem Grund abzgl. Subventionen und Zuschüsse	1.752.409,30 -122.207,52	1.896 -136
	<u>1.630.201,78</u>	<u>1.760</u>
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung abzgl. Subventionen und Zuschüsse	8.033.690,96 -599.872,63	8.727 -771
	<u>7.433.818,33</u>	<u>7.956</u>
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau abzgl. Subventionen und Zuschüsse	4.434.800,24 -57.838,58	703 -58
	<u>4.376.961,66</u>	<u>645</u>
	13.440.981,77	10.361
III. Tierbestand	775.383,00	788
IV. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	411.772,34	412
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	461.401,28	443
	<u>873.173,62</u>	<u>855</u>
	15.139.120,98	12.081
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Waren	89.650,28	85
2. Drucksorten und Werbematerial	51.700,00	40
3. Futtermittel	21.700,00	30
	<u>163.050,28</u>	<u>155</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 0,00; Vorjahr: Tsd € 0	791.527,63	575
2. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 0,00; Vorjahr: Tsd € 0	327.907,71	201
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 3.848,00; Vorjahr: Tsd € 4	2.430.708,14	3.038
	<u>3.550.143,48</u>	<u>3.814</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	36.399.539,05	31.357
	<u>40.112.732,81</u>	<u>35.326</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	231.355,92	372
	<u>55.483.209,71</u>	<u>47.779</u>

Passiva

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 Tsd €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes, eingefordertes und einbezahltes Stammkapital	600.000,00	600
II. Kapitalrücklagen		
Nicht gebundene	25.788.324,21	25.788
III. Gewinnrücklagen		
Gesetzliche Rücklagen	60.000,00	60
IV. Bilanzgewinn	15.481.965,70	7.284
davon Gewinnvortrag: EUR 7.283.571,12; Vorjahr: Tsd € 366		
	41.930.289,91	33.732
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	1.857.000,00	1.959
2. Rückstellungen für Pensionen	1.728.627,00	1.738
3. Steuerrückstellungen	499.700,00	134
4. Sonstige Rückstellungen	3.793.038,61	4.708
	7.878.365,61	8.539
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.750,00	2
davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 0,00; Vorjahr: Tsd € 0		
davon mit Restlaufzeit < 1 Jahr: EUR 1.750,00 Vorjahr: Tsd € 2		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.190.262,44	1.377
davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 82.428,55; Vorjahr: Tsd € 79		
davon mit Restlaufzeit < 1 Jahr: EUR 2.107.833,89; Vorjahr: Tsd € 1.299		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	80.903,06	254
davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 0,00; Vorjahr: Tsd € 0		
davon mit Restlaufzeit < 1 Jahr: EUR 80.903,06; Vorjahr: Tsd € 254		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	816.872,77	769
davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 0,00; Vorjahr: Tsd € 0		
davon mit Restlaufzeit < 1 Jahr: EUR 816.872,77; Vorjahr: Tsd € 769		
davon aus Steuern: EUR 148.641,15		
Vorjahr: Tsd € 69		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 299.621,83; Vorjahr: Tsd € 280		
	3.089.788,27	2.402
davon mit Restlaufzeit > 1 Jahr: EUR 82.428,55; Vorjahr: Tsd € 79		
davon mit Restlaufzeit < 1 Jahr: EUR 3.007.359,72; Vorjahr: Tsd € 2.323		
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.584.765,92	3.106
	55.483.209,71	47.779

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	2023		2022	
	EUR	EUR	Tsd €	Tsd €
1. Umsatzerlöse		39.732.522,65		36.391
2. Sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	197.528,67		14	
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	17.788,51		59	
c) Übrige	<u>2.914.743,41</u>	3.130.060,59	<u>4.907</u>	4.980
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen				
a) Materialaufwand	3.407.569,49		3.130	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>647.895,46</u>	-4.055.464,95	<u>608</u>	-3.738
4. Personalaufwand				
a) Löhne	2.218.953,98		2.003	
b) Gehälter	10.616.960,26		10.120	
c) Aufwendungen für Beamte	314.699,20		317	
d) Soziale Aufwendungen				
da) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	248.833,40		337	
db) Aufwendungen für Altersversorgung	77.183,68		60	
dc) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	3.386.817,78		3.207	
dd) Sonstige Sozialaufwendungen	<u>329.384,23</u>		<u>261</u>	
	4.042.219,09		3.865	
e) Kurzarbeitsbeihilfe	<u>0,00</u>	-17.192.832,53	<u>-1</u>	-16.304
5. a) Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen davon außerplanmäßige Abschreibungen: EUR 0,00 Vorjahr: Tsd € 0	2.182.941,86		2.336	
b) Tierkäufe	<u>30.833,57</u>	-2.213.775,43	<u>29</u>	-2.365
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) Steuern	22.704,73		194	
b) Übrige	11.495.912,52	-11.518.617,25	11.483	-11.677
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)		7.881.893,08		7.287
8. Erträge aus Beteiligungen		246.992,95		130
9. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens		3.413,98		3
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		478.132,84		107
11. Erträge aus der Zuschreibung zu Finanzanlagen		18.250,43		0
12. Aufwendungen aus Finanzanlagen davon Abschreibungen: EUR 0,00 Vorjahr: Tsd € -63		0,00		-63
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-61.000,23		-104
14. Zwischensumme aus Z 8 bis 13 (Finanzergebnis)		685.789,97		73
15. Ergebnis vor Steuern		8.567.683,05		7.360
16. Steuern vom Einkommen		-369.288,47		-442
17. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss		8.198.394,58		6.918
18. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		7.283.571,12		366
19. Bilanzgewinn		15.481.965,70		7.284

Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	2023 <u>TEUR</u>	2022 <u>TEUR</u>
Netto-Geldfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit:		
Konzernergebnis vor Steuern	8.568	7.361
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielles Anlagevermögen, Sachanlagen und Finanzanlagen	2.196	2.428
- Erträge aus Spenden und Verlassenschaften	-2.210	-4.535
-/+ Gewinne/Verluste aus Anlagenabgängen	-160	2
+ Zahlungen unwirksame Zinsaufwendungen des Sozialkapitals	60	103
- Beteiligungserträge, Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögen sowie sonstige Zinsen	-728	-239
	<u>7.726</u>	<u>5.120</u>
-/+ Veränderung der Vorräte und aktiver Rechnungsabgrenzung	133	-45
-/+ Veränderung der passiven Rechnungsabgrenzung	-521	-133
-/+ Veränderung der Forderungen	-837	-263
+/- Veränderung der Verbindlichkeiten	700	153
+/- Veränderung der Rückstellungen	-1.086	2.635
-/+ Zahlungen/Rückerstattungen von Ertragsteuern	156	-343
	<u>-1.455</u>	<u>2.004</u>
Operativer Cashflow	6.271	7.124
Netto-Geldfluss aus der Investitionstätigkeit:		
- Investitionen in immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	-5.302	-2.909
+ Erlöse aus dem Abgang von immateriellem Anlagevermögen und Sachanlagen	206	1
+ Einzahlungen aus Zinsen und Wertpapiererträgen	283	17
	<u>-4.813</u>	<u>-2.891</u>
Netto-Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit:		
+ Einzahlungen von Gesellschafterzuschüssen	0	2.600
- Rückzahlung kurzfristiger Kredite	0	-129
+ Einzahlungen von Spenden und Verlassenschaften	3.584	1.841
+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0	193
	<u>3.584</u>	<u>4.505</u>
Veränderung der flüssigen Mittel	5.042	8.738
Anfangsbestand der flüssigen Mittel	31.357	22.619
Endbestand der flüssigen Mittel	<u>36.399</u>	<u>31.357</u>

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr 2023

	<i>Stammkapital</i>	<i>Kapitalrücklagen</i>	<i>Gewinnrücklagen</i>	<i>Bilanzgewinn</i>	Summe Eigenkapital
	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €
Stand am 01.01.2022	600	23.188	60	366	24.214
Konzernergebnis	0	0	0	6.918	6.918
Gesellschafterzuschuss	0	2.600	0	0	2.600
Stand am 31.12.2022	600	25.788	60	7.284	33.732
Konzernergebnis	0	0	0	8.198	8.198
Stand am 31.12.2023	600	25.788	60	15.482	41.930

**Konzernanhang
für das Geschäftsjahr 2023**

1. Konsolidierungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1.1. Allgemeine Grundsätze

Dieser Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsbestimmungen des UGB in der geltenden Fassung erstellt. Er wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, aufgestellt. Er wird von der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. als Mutterunternehmen aufgestellt und beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde von der Fortführung des Konzerns ausgegangen und der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Schätzungen beruhen auf einer umsichtigen Beurteilung. Soweit statistisch ermittelbare Erfahrungen aus gleich gelagerten Sachverhalten vorhanden sind, hat das Unternehmen diese bei Schätzungen berücksichtigt.

Tochterunternehmen

Tochterunternehmen sind grundsätzlich alle Unternehmen, bei denen das Mutterunternehmen, die Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H., aufgrund direkt oder indirekt bestehender substanzieller Rechte über die Möglichkeit verfügt, die maßgeblichen Geschäftsaktivitäten dieser Unternehmen zu steuern (beherrschte Unternehmen). Beherrschtes Unternehmen ist demnach die Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH, an der die Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. 100 % des Stammkapitals hält.

Die Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. mit Sitz in Wien betreibt seit ihrer Gründung am 13.12.1991 den Tiergarten Schönbrunn im Schlosspark Schönbrunn. Die Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH, ebenfalls mit Sitz in Wien, wurde am 12.5.2004 gegründet. Sie betreibt auf dem Areal des Tiergartens diverse Restaurants, Imbissstände und Automaten und bietet die gastronomische Verpflegung für diverse Veranstaltungen der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. an.

Tochterunternehmen werden grundsätzlich von dem Zeitpunkt an in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), zu dem der beherrschende Einfluss erworben wurde. Dies war bei der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH bereits ab dem Zeitpunkt ihrer Gründung der Fall. Da jedoch die Größenmerkmale gemäß § 246 UGB erstmals am 31.12.2015 und dann erneut am 31.12.2016 überschritten wurden, bestand die Verpflichtung zur Erstellung des Konzernabschlusses erstmals zum Stichtag 31.12.2017.

Die Abschlüsse von Mutter- und Tochterunternehmen wurden in gleicher Währung und nach

einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Die Erstkonsolidierung erfolgte nach der Erwerbsmethode, indem die Beteiligung des Mutterunternehmens gegen das Eigenkapital des Tochterunternehmens aufgerechnet wurde. Der Buchwert des Nettovermögens des Tochterunternehmens weicht nicht vom beizulegenden Zeitwert ab, es ergibt sich somit kein Firmenwert. Transaktionen zwischen Mutter- und Tochterunternehmen wurden eliminiert.

Beteiligungen an nicht beherrschten Unternehmen

Die ARGE Sonnenuhrhaus mit Sitz in Wien wird von der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. und den Österreichischen Bundesgärten in Form einer Arbeitsgemeinschaft betrieben. Die Aktivitäten werden gemäß der vertraglichen Ausgestaltung unter gemeinschaftlicher Leitung gleichberechtigt von den beiden ARGE-Partnern gesteuert, die Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. übt keinen beherrschenden Einfluss auf die ARGE Sonnenuhrhaus aus.

Die Beteiligung an der Dipl. Tzt. Thomas Voracek KG, Wien, wurde mit dem auf den Tiergarten entfallenden Kapitalanteil (75 %), der zur Gänze 1999 eingezahlt wurde, angesetzt. Die Geschäftsführung obliegt dem Komplementär Dipl. Tzt. Thomas Voracek.

Da sowohl die Beteiligung an der ARGE Sonnenuhrhaus als auch an der Dipl. Tzt. Thomas Voracek KG nicht wesentlich gemäß § 189a Z 10 sind, werden sie in der Konzernbilanz nicht konsolidiert, sondern als „Beteiligungen“ ausgewiesen (Befreiung gemäß § 263 Abs 2 UGB).

1.2. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Folgende Nutzungsdauer wird den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

	<u>Jahre</u>	<u>Prozentsatz</u>
Nutzungsrechte		
Lizenzen für EDV-Software und Markenrechte	2 - 10	10- 50

Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Zweckgebundene Zuschüsse und Subventionen, die das Anlagevermögen betreffen, kürzen die Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände, für die sie geleistet wurden.

Geringwertige Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Sachspenden, soweit es sich um Anlagevermögen handelt,

werden mit dem dem Vermögensgegenstand beizumessenden Wert angesetzt, soweit sich dieser verlässlich ermitteln lässt.

Folgende Nutzungsdauern und Abschreibungssätze werden den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Bauten auf fremden Grund (Tirolerhof)	5 - 25	4 - 20
Gebäudeeinrichtungen	3 - 10	10 - 33,3
Gehegeeinrichtungen	4 - 20	5 - 25
Maschinen, Werkzeuge, Betriebsausstattung	3 - 10	10 - 33,3
Geschäftsausstattung	2 - 10	10 - 50
Büromaschinen	3 - 5	20 - 33,3
Fuhrpark	4 - 5	20 - 25

Die Abschreibungen der Zugänge erfolgen in Anlehnung an die steuerliche Regelung gemäß § 7 EStG für Zugänge in der ersten Jahreshälfte mit den vollen, für Zugänge im zweiten Halbjahr mit den halben Jahresraten.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Falle einer außergewöhnlichen und voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2023 waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen erforderlich (außerplanmäßige Abschreibungen Vorjahr: Tsd € 0).

Festwertbewertung

Seit 1994 wird der Tierbestand in der Bilanz der Schönbrunner Tiergarten-Ges.m.b.H. mit einem Festwert bewertet. Als ursprünglicher Festwert wurde der (abgerundete) Buchwert der einzelnen Kategorien zum 31. Dezember 1993 angesetzt.

Alle 5 Jahre wird eine vollständige Bestandsaufnahme der Tiere zur Überprüfung des Festwertes vorgenommen. Werden dabei wesentliche Veränderungen innerhalb des Bestandes erkannt (+/- 10 %), ist eine entsprechende Anpassung des Festwertes vorzunehmen. Eine Wertanpassung kann jedoch auch bei geringeren Abweichungen vorgenommen werden, insbesondere wenn im Zuge der Bestandsaufnahme eine Mindermenge festgestellt wird. Darüber hinaus können wesentliche Änderungen des Festwertes aufgrund diverser Ereignisse auch innerhalb des Fünfjahreszeitraumes erkannt und bilanziell berücksichtigt werden.

Die Bewertung erfolgt nach dem Anschaffungskostenprinzip unter Berücksichtigung wesentlicher Anschaffungsnebenkosten wie insbesondere Transportkosten. Zu beachten ist, dass ein wesentlicher Teil des Tierbestandes nicht gehandelt werden darf. Die Bewertung dieser Tiere erfolgte daher mit € 0 bzw. dem Betrag der Transportkosten und sonstiger Nebenkosten. Aufzuchtskosten werden nicht angesetzt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 wurde der Festwert erstmals seit 2018 wieder anhand einer vollständigen Bestandsaufnahme der Tiere überprüft. Die sich daraus ergebenden mengen-

und wertmäßigen Änderungen waren zum Teil wesentlich, insgesamt wurde eine Verringerung des Festwerts um Tsd € 13 festgestellt. Erstmals seit dem Bilanzstichtag 31.12.2008 wurde daher eine Wertanpassung an die aktuellen Werte durchgeführt. Die Verringerung des Gesamtwertes wurde durch Ausweis eines Abganges in Höhe von Tsd € 13 dargestellt.

Die Tierkäufe des Jahres 2023 wurden als Aufwand (Unterposten zu den Abschreibungen) erfasst.

Die für die einzelnen Kategorien angesetzten Festwerte betragen:

	Festwert 31.12.2023 Tsd €	Festwert 31.12.2022 Tsd €
Säugetiere	425	392
Vögel	246	315
Reptilien	89	60
Amphibien	6	7
Fische	8	13
Wirbellose	1	1
	775	788

Darüber hinaus ist im Anlagevermögen ein Festwert für Geschirr und sonstige Einrichtungsgegenstände in Höhe von Tsd € 97 (2022: Tsd € 92) enthalten.

Finanzanlagen

Die Beteiligung an der **Dipl. Tzt. Thomas Voracek KG**, Wien, wurde mit dem auf den Tiergarten entfallenden Kapitalanteil (75 %), der zur Gänze 1999 eingezahlt wurde, angesetzt. Das Eigenkapital der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 beträgt gemäß Jahresabschluss Tsd € 488 (31.12.2022: Tsd € 398). Im Jahr 2023 erwirtschaftete die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von Tsd € 199 (2022: Tsd € 114), die Gewinnzuweisung des Jahres 2023 an den Tiergarten beträgt Tsd € 58 (2022: Tsd € 1), sie wird unter den Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen.

Die Beteiligung an der **ARGE Sonnenuhrhaus**, Wien, wird unter den Finanzanlagen in Höhe von Tsd € 357 ausgewiesen. Der Beteiligungsansatz zum 31. Dezember 2023 entspricht der Höhe der getätigten Einlagen von Tsd € 545 abzüglich der im Jahr 2011 erfolgten Einlagenrückzahlung in Höhe von Tsd € 188. Das Eigenkapital der ARGE beträgt zum 31. Dezember 2023 Tsd € 902 (31.12.2022: Tsd € 902). Das Ergebnis im Geschäftsjahr 2023 beträgt Tsd € 378 (2022: Tsd € 259). Die anteilige Ergebniszuweisung für das Geschäftsjahr 2023 ergibt eine bilanzielle Gewinnzuweisung an den Tiergarten in Höhe von Tsd € 189 (2022: Tsd € 130).

Die **Wertpapiere** des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten oder niedrigerem beizulegenden Wert bilanziert. Im Jahr 2023 wurde aufgrund der gestiegenen Kurswerte eine Zuschreibung in Höhe von Tsd € 18 (2022 Abschreibung: Tsd € 63) durchgeführt.

1.3. Vorräte

Die Bewertung der Vorräte (insbesondere Getränke, Lebensmittel, Futtermittel, Drucksorten, Werbematerial und Waren wie Bücher) erfolgt mit den Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips.

1.4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Erkennbare Risiken werden durch entsprechende Wertberichtigungen berücksichtigt.

1.5. Rücklagen

Die Gesellschafterzuschüsse werden den Rücklagen zugeschrieben. Zweckgebundene Spenden werden, soweit sie getätigte Ausgaben für das Anlagevermögen betreffen, nicht unter den Rücklagen, sondern auf der Aktivseite als Verringerung des Anlagevermögens ausgewiesen.

1.6. Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** werden für die gesetzlichen Ansprüche gebildet. Die Berechnung erfolgt nach finanzmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (1,82 % gemäß dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Renditen; Vorjahr: 1,78 %) sowie angenommenen durchschnittlichen Gehaltssteigerungen von 4,37 % (ermittelt auf Basis der prognostizierten durchschnittlichen Entwicklung in den nächsten 10 Jahren; Vorjahr: 5,03 %). Das Pensionsantrittsalter wurde, wie im Vorjahr, gemäß den gesetzlichen Regelungen bei Männern grundsätzlich mit 65 Jahren, bei Frauen gestaffelt zwischen 60 und 65 Jahren angesetzt. Die im Jahresabschluss ausgewiesenen Rückstellungen entsprechen dem finanzmathematisch errechneten Deckungskapital.

Die **Rückstellungen für Pensionsanwartschaften** aufgrund von individuellen Zusagen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren wie im Vorjahr auf Grundlage der im August 2018 veröffentlichten Generationentafeln AVÖ 2018-P unter Zugrundelegung eines 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes bei einer angenommenen Restlaufzeit von 10 Jahren (1,55 % gemäß dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Renditen; Vorjahr: 1,47 %) gebildet. Da die Höhe der Pension einer aus dem Verbraucherpreisindex abzuleitenden Wertsicherung unterliegt, wurde die durchschnittliche jährliche Änderung des Verbraucherpreisindex der letzten 10 Jahre (2,00 %, Vorjahr: 2,00 %) als Trend jährlicher Pensionsanpassungen angesetzt.

Rückstellungen für den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen werden für **Jubiläumsgelder** gebildet. Die Vorsorge wird für Angestellte der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. nach finanzmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (1,82 % gemäß dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Renditen; Vorjahr: 1,78 %) sowie

angenommenen durchschnittlichen Gehaltssteigerungen von 4,35 % (ermittelt auf Basis der prognostizierten durchschnittlichen Entwicklung in den nächsten 10 Jahren; Vorjahr: 4,90 %) berechnet. Fluktuationswahrscheinlichkeiten in geringfügiger Höhe werden in Abhängigkeit der Dienstzeit ermittelt und auf Basis der tatsächlichen durchschnittlichen Entwicklung berücksichtigt. Das Pensionsantrittsalter wurde, wie im Vorjahr, gemäß den gesetzlichen Regelungen bei Männern grundsätzlich mit 65 Jahren, bei Frauen gestaffelt zwischen 60 und 65 Jahren angesetzt.

Rückstellungen für **Jubiläumsgelder** werden grundsätzlich auch für anspruchsberechtigte Beamte gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 waren jedoch keine offenen Ansprüche für diesen Personenkreis mehr vorhanden, der Rückstellungsbetrag beträgt daher Null. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 wurde die Vorsorge für einen anspruchsberechtigten Beamten gebildet. Die Fluktuationswahrscheinlichkeit wurde mit Null angesetzt, die Restlaufzeit betrug weniger als 1 Jahr. Die Rückstellung zum 31. Dezember 2022 wurde somit mit dem gerundeten Erfüllungsbetrag angesetzt.

Auch in der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH wird eine Rückstellung für **Jubiläumsgelder** gebildet. Für Angestellte der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH wird die Vorsorge nach finanzmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (1,82 % gemäß dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Renditen; Vorjahr: 1,78 %) sowie angenommenen durchschnittlichen Gehaltssteigerungen von 2,81 % (ermittelt auf Basis der prognostizierten durchschnittlichen Entwicklung in den nächsten 10 Jahren; Vorjahr: 3,3 % ermittelt auf Basis der tatsächlichen durchschnittlichen Entwicklung in den letzten 10 Jahren) berechnet. Die Fluktuationswahrscheinlichkeit für diesen Personenkreis beträgt 25 %.

Für Arbeiter der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH wird die Vorsorge ebenfalls nach finanzmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung eines 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (1,82 % gemäß dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Renditen; Vorjahr: 1,78 %) sowie angenommenen durchschnittlichen Gehaltssteigerungen von 2,79 % (ermittelt auf Basis der prognostizierten durchschnittlichen Entwicklung in den nächsten 10 Jahren; Vorjahr: 3,3 % ermittelt auf Basis der tatsächlichen durchschnittlichen Entwicklung in den letzten 10 Jahren) berechnet. Die Fluktuationswahrscheinlichkeit wird bei Arbeitern, die bereits mehr als 5 Jahre bei der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH beschäftigt sind, mit 25 % angenommen, bei allen anderen mit 90 %.

Das Pensionsantrittsalter für Angestellte und Arbeiter der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH wurde gemäß den gesetzlichen Regelungen bei Männern grundsätzlich mit 65 Jahren, bei Frauen gestaffelt zwischen 60 und 65 Jahren angesetzt.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

1.7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt.

1.8. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten wird neben vereinnahmten Werbe- und Veranstaltungseinnahmen und zweckgewidmeten Spenden und Förderungen, die eine über den Stichtag hinausgehende Vertragsdauer oder Leistungsverpflichtung aufweisen, auch jener Teil der Jahreskarten und Gutscheine für Eintrittskarten, der das Folgejahr betrifft, ausgewiesen.

Abgrenzung Jahreskarten

Da keine allgemeingültigen Informationen über den Zeitpunkt und die Häufigkeit der Nutzung der Jahreskarten vorliegen, kann der Betrag der Einnahmen, der das Folgejahr betrifft, nur näherungsweise ermittelt werden. Auf Basis mehrjähriger Erfahrungswerte und aktueller Statistiken kann angenommen werden, dass in den Monaten Jänner bis März erworbene Jahreskarten mit hoher Wahrscheinlichkeit vorwiegend im laufenden Geschäftsjahr, in späteren Monaten erworbene Jahreskarten zu einem Teil im Folgejahr verwendet werden. Von den im zweiten Quartal erzielten Jahreskartenerlösen werden daher pauschal 25 %, von den im dritten Quartal erzielten Jahreskartenerlösen 50 % und von den im vierten Quartal erzielten Jahreskartenerlösen 75 % abgegrenzt.

Abgrenzung Gutscheine für Eintrittskarten

Die vom Unternehmen angebotenen Gutscheine umfassen im Wesentlichen Gutscheine für Tageskarten, die zu einem Eintritt in den Tiergarten zu einem selbst gewählten Zeitpunkt berechtigen, und Jahreskartengutscheine, die ab Kauf ein Jahr lang einlösbar sind.

Bei Gutscheinen für Tageskarten wird aufgrund von Erfahrungswerten unterstellt, dass der Gutschein in der Regel relativ zeitnahe und mit hoher Wahrscheinlichkeit noch in der Periode des Erwerbs eingelöst wird. Bei Sammelbestellungen von Tageskartengutscheinen, die am Ende des Geschäftsjahres erfolgen und bei denen davon ausgegangen werden kann, dass die Einlösung nicht mehr im Geschäftsjahr erfolgen wird, werden die damit im Zusammenhang stehenden Erlöse dem Folgejahr zugeordnet.

Bei Jahreskartengutscheinen, die in den Monaten Jänner bis März verkauft werden, wird angenommen, dass die Einlösung noch in der Periode des Gutscheinerverwerbs erfolgt und kein Abgrenzungserfordernis besteht. Für in den Monaten April bis November verkaufte Jahreskartengutscheine wird angenommen, dass die Einlösung nicht mehr zur Gänze im laufenden Jahr erfolgen wird. 25 % der Gutscheinverkäufe des zweiten Quartals, 50 % der Gutscheinverkäufe des dritten Quartals, 75 % der Gutscheinverkäufe der Monate Oktober und November werden dem Folgejahr zugeordnet. Bei den im Dezember überwiegend als Weihnachtsgeschenk erworbenen Gutscheinen für Jahreskarten ist davon auszugehen, dass die Einlösung mit der darauffolgenden Nutzung durch den Beschenkten mit hoher Wahrscheinlichkeit erst nach dem Abschlusstichtag stattfinden wird. Einnahmen aus Verkäufen von Jahreskartengutscheinen im Dezember werden daher zu 100 % abgegrenzt.

2. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung und die Entwicklung des **Anlagevermögens** sind im Anlagenspiegel dargestellt. Die Buchwerte der zweckgebundenen Zuschüsse und Subventionen, die das Anlagevermögen betreffen, setzen sich wie folgt zusammen:

	Stand am 1.1.2023 Tsd €	Zuweisung / Umbuchung 2023 Tsd €	Auflösung 2023 Tsd €	Stand am 31.12.2023 Tsd €
<i>Immaterielle Vermögensgegenstände</i>				
Investitionsprämie	6	0	5	1
	6	0	5	1
<i>Grundstücke und Bauten auf fremden Grund</i>				
Futtermeisterei	110	0	10	100
Tirolerhof	1	0	1	0
Investitionsprämie	26	0	4	22
	137	0	15	122
<i>Andere Anlagen, BGA</i>				
Flusspferd-Freianlage	198	0	40	158
Altes Affenhaus	107	0	27	80
Giraffenpark	91	0	23	68
Eisbärenanlage	30	0	30	0
Photovoltaikanlage	12	0	3	9
Terrarium Infocenter (Lehrlingsprojekt)	10	0	2	8
Elefantenbadebecken	5	0	1	4
Schwalbensittichanlage	6	0	1	5
Kolkraben-Voliere	3	0	0	3
Habichtskauz-Voliere	2	0	0	2
Rote Panda-Anlage	2	0	0	2
Mähnenspringer	85	0	10	75
Orang-Utan-Anlage	2	0	0	2
Investitionsprämie	98	0	20	78
Löwenanlage	10	0	1	9
Löwenanlage (Verein)	108	0	12	96
	769	0	170	599
<i>geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau</i>				
Aquarienhaus NEU	58	0	0	58
	58	0	0	58
	970	0	190	780

Unter den **Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, werden zum 31. Dezember 2023 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von Tsd € 62 (31.12.2022: Tsd € 11) sowie sonstige Forderungen aus Gewinnzuweisungen in

Höhe von Tsd € 266 (31.12.2022: Tsd € 190) ausgewiesen.

Die **sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände** betragen zum 31. Dezember 2023 Tsd € 2 431 (31.12.2022: Tsd € 3 038) und betreffen insbesondere offene Abrechnungen aus Verlassenschaften. Weiters enthalten sie Habenzinsen und diverse andere Erträge, die erst im Folgejahr abgerechnet werden. Der überwiegende Teil der sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände betrifft Erträge, die nach dem Stichtag zahlungswirksam werden (Tsd € 2 357; 31.12.2022: Tsd € 3 022).

Der Stand der **nicht gebundenen Kapitalrücklagen** zum 31. Dezember 2023 beträgt Tsd € 25 788 (Vorjahr: Tsd € 25 788).

Die **Gewinnrücklagen** betragen zum 31. Dezember 2023 wie im Vorjahr Tsd € 60.

Vorschlag zur Verwendung des Ergebnisses

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Bilanzgewinn der Muttergesellschaft in Höhe von Tsd € 14 095 (Vorjahr Tsd € 6 538) auf neue Rechnung vorzutragen.

Die **Rückstellungen** enthalten folgende Positionen:

	Stand 1.1.2023 €	Verwendung €	Auflösung €	Zuweisung €	Stand 31.12.2023 €
Rückstellungen					
Rückstellungen für Abfertigungen	1 959 000,00	0,00	102 000,00	0,00	1 857 000,00
Rückstellungen für Pensionen	1 737 906,00	0,00	9 279,00	0,00	1 728 627,00
Steuerrückstellungen	134 200,00	0,00	0,00	365 500,00	499 700,00
sonstige Rückstellungen	4 708 115,47	2 299 061,59	38 788,51	1 422 773,24	3 793 038,61
Summe Rückstellungen	8 539 221,47	2 299 061,59	150 067,51	1 788 273,24	7 878 365,61

Die **Steuerrückstellungen** zum 31. Dezember 2023 betragen Tsd € 500 (Vorjahr: Tsd € 134). Sie betreffen den Körperschaftsteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von Tsd € 369 sowie für das vorherige Geschäftsjahr in Höhe von Tsd € 138 abzüglich der geleisteten Vorauszahlungen.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** befinden sich folgende Posten:

	31.12.2023 Tsd €	31.12.2022 Tsd €
Nicht konsumierte Urlaube und Zeitguthaben	653	593
Jubiläumsgelder	1 422	1 377
Pacht 3,5% (2022: Zusätzliche variable Pacht)	957	1 658
Andere	761	1 080
	3 793	4 708

Die **Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen** betragen zum 31.12.2023 Tsd € 2 (Vorjahr: Tsd € 2). Sie haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** betragen zum 31.12.2023 Tsd € 2 190 (Vorjahr: Tsd € 1 377). In diesem Posten sind Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren in Höhe von Tsd € 0 (31.12.2022: Tsd € 13) enthalten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, in Höhe von Tsd € 81 (31.12.2022: Tsd € 254) umfassen Ergebnisverrechnungen in Höhe von Tsd € 0 (31.12.2022: Tsd € 171) und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von Tsd € 81 (31.12.2022: Tsd € 83). Die Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von Tsd € 817 (31.12.2022: Tsd € 769) umfassen vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt, der Wiener Gebietskrankenkasse, der Gemeinde Wien und den Mitarbeitern sowie im Zusammenhang mit den Großen Pandas zu entrichtende Artenschutzbeiträge. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen, die nach dem Stichtag zahlungswirksam werden, in Höhe von Tsd € 664 (Vorjahr: Tsd € 679) enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Die passiven **Rechnungsabgrenzungsposten** beinhalten jenen Teil der bereits vereinnahmten Einnahmen aus Jahreskarten, Jahreskartengutscheinen und Tageskartengutscheinen, der das zukünftige Geschäftsjahr betrifft (Tsd € 1 763; Vorjahr: Tsd € 1 982). Darüber hinaus beinhalten sie jenen Teil der Förderungen für das EU-LIFE-Projekt Waldrapp, der vereinbarte Projektleistungen betrifft, die erst nach dem Stichtag durch die Gesellschaft erbracht werden. Weiters umfassen sie vereinnahmte Werbeeinnahmen, die eine über den Stichtag hinausgehende Vertragsdauer aufweisen. Sie werden über die Laufzeit der zugrundeliegenden Vereinbarungen aufgelöst. Darüber hinaus beinhalten die passiven Rechnungsabgrenzungsposten Einnahmen zu Veranstaltungen und Einnahmen aus Gutscheinverkäufen zu Veranstaltungen, die erst nach dem Stichtag durchgeführt werden, sowie gewidmete Spenden und Förderungen, die erst nach dem Stichtag ihrem Zweck zugeführt werden.

Finanzielle Verpflichtungen aus der Nutzung nicht bilanzierter Sachanlagen und Tierbestände

	31.12.2023	31.12.2022
	Tsd €	Tsd €
für das folgende Geschäftsjahr	1 619	1 705
für die folgenden fünf Geschäftsjahre	8 463	8 284

Die **Umsatzerlöse** enthalten Eintrittsgelder in Höhe von Tsd € 27 351 (2022: Tsd € 25 049), Erlöse aus dem Verkauf von Speisen und Getränken in Höhe von Tsd € 9 716 (2022: Tsd €

8 521), Konzessionsentgelte aus dem Betrieb der Panoramabahn in Höhe von Tsd € 51 (2022: Verkauf von Zugtickets der Panoramabahn in Höhe von Tsd € 449) und dem Verkauf von Büchern und anderen Waren in Höhe von Tsd € 25 (2022: Tsd € 29). Darüber hinaus beinhalten sie Miet- und Pächterlöse in Höhe von Tsd € 1 049 (2022: Tsd € 1 029), Werbeeinnahmen einschließlich Werbekostenzuschüsse in Höhe von Tsd € 303 (2022: Tsd € 290) und sonstige Erlöse aus der Erbringung diverser Dienstleistungen in Höhe von Tsd € 1 238 (2022: Tsd € 1 024).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** umfassen vor allem Erlöse aus Spenden und Verlassenschaften sowie Förderungen für Artenschutzprojekte.

Erhaltene Spenden, Schenkungen und Verlassenschaften werden, soweit es sich um Geldzuwendungen handelt, mit dem Nominalwert, soweit es sich um Sachzuwendungen handelt, mit den diesen Sachspenden beizumessenden Zeitwerten angesetzt. Voraussetzung für die Aktivierung einer Forderung in Zusammenhang mit Spenden, Schenkungen und Verlassenschaften ist, dass der Anspruch dem Grunde nach nicht bestritten wird und der Wert hinreichend genau bestimmt werden kann. Der Ausweis erfolgt unter den **sonstigen Forderungen**.

Die Erlöse aus den im Jahr 2023 vereinnahmten Spenden und Verlassenschaften gliedern sich wie folgt:

	31.12.2023	31.12.2022
	Tsd €	Tsd €
Geldspenden	701	1 053
Verlassenschaften	1 164	3 118
Tierpatenschaften	346	364
	<u>2 211</u>	<u>4 535</u>

Im Jahr 2015 wurde die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. in einer Verlassenschaft als Nacherbe von insgesamt 7 Zehnteln einer Liegenschaft in Wien 7 eingesetzt. Der Wert der Anteile wird erst mit Eintritt des Nacherbfalls, somit mit dem Tod des Vorerben, aktiviert.

Im Jahr 2021 wurde die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. gemeinsam mit einer weiteren Einrichtung als Erbe in einer Verlassenschaft eingesetzt (Erbanteil 50 %). Das Vermögen umfasst unter anderem eine Wohnung in Wien 11. Der anteilige Wert an dieser Verlassenschaft wurde im Jahr 2021 ausgehend von dem vom Notar aufgestellten Inventar als sonstige Forderung aktiviert. Bis zum Zeitpunkt der Bilanzierung lag kein verbindliches Kaufangebot für die Wohnung vor, das über dem in der Bilanz angesetzten Wert liegt. Der Wert wird daher unverändert fortgeführt.

Im Jahr 2021 wurden die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. sowie drei weitere Einrichtungen jeweils zu einem Viertel (25 %) in einer weiteren Verlassenschaft als Erben eingesetzt. Das Vermögen umfasst unter anderem Immobilien in Wien 16 sowie in Gablitz. Da die pflichtteilsberechtigte Tochter Anspruch auf die Hälfte der gesetzlichen Erbquote hat, somit 50 % des Vermögens zum Todestag, verringern sich die Erbanteile der vier Erben auf jeweils 12,5 %. Bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt konnte keine verbindliche Einigung über die Bewertung der Immobilien und Aufteilung der Verkaufserlöse auf die Erben und die Pflichtteilsberechtigte erzielt werden. Der Anteil an den Immobilien wurde daher nicht aktiviert.

Anfang 2023 erlangte die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. Kenntnis von einer weiteren Verlassenschaft. In diesem Fall hinterließ der Verstorbene zwei nicht gleichlautende letztwillige Verfügungen, die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. wurde nur in einer davon zu 1/3 als Ersatzerbe eingesetzt. Bis zum Bilanzstichtag 31.12.2023 konnte mit den übrigen am Verfahren Beteiligten keine verbindliche Einigung erzielt werden. Der anteilige Wert wurde daher nicht aktiviert.

Im Jahr 2023 wurde die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. in einer weiteren Verlassenschaft neben drei Erben zu jeweils einem Viertel (25 %) als Erbe eingesetzt. Das Vermögen umfasst mehrere Wertpapierdepots, Guthaben bei Banken und Versicherungen sowie eine Wohnung in Wien 10 und Schmuck. Für die Wohnung, den Schmuck sowie eines der Wertpapierdepots, das derzeit für den Verkauf gesperrt ist, konnte der Wert zum Bilanzstichtag 31.12.2023 nicht hinreichend genau bestimmt werden. Der anteilige Wert dieser Vermögensbestandteile wurde daher nicht aktiviert.

Im Jahr 2023 wurde die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. als Vermächtnisnehmerin mit einem Viertel (25 %) an einer Liegenschaft in Perchtoldsdorf bedacht. Die Liegenschaft wird erst im Jahr 2024 zum Verkauf angeboten, der Wert konnte zum Bilanzstichtag 31.12.2023 nicht hinreichend genau bestimmt werden und wurde daher nicht aktiviert.

In einer weiteren Verlassenschaft, in der die Schönbrunner Tiergarten Ges.m.b.H. als Alleinerbe eingesetzt wurde, gab die Gesellschaft Anfang 2024 eine (bedingte) Erbantrittserklärung ab und erwarb somit erst nach dem Bilanzstichtag einen durchsetzbaren Anspruch. Der Wert des geerbten Vermögens wurde daher zum Bilanzstichtag 31.12.2023 nicht aktiviert.

Erträge aus der Auflösung zweckgewidmeter Subventionen und Spenden zur Finanzierung von Anlagevermögen werden nicht unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, sondern kürzen die Abschreibungen der entsprechenden Vermögensgegenstände.

Die **sonstigen Aufwendungen** enthalten wie im Vorjahr Miet- und Pachtaufwendungen (Tsd € 1 198; Vorjahr: Tsd € 2 132), darunter insbesondere die an die Burghauptmannschaft abzuführende Pacht, Instandhaltungsaufwendungen (Tsd € 1 939; Vorjahr: Tsd € 1 957), Aufwendungen für Energie und Wasser (Tsd € 2 476; Vorjahr: Tsd € 1 709), Aufwendungen für Werbung und Fundraising (Tsd € 1 393; Vorjahr: Tsd € 1 439) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (Tsd € 4 513; Vorjahr: Tsd € 4 440).

3. Sonstige Angaben

Die durchschnittliche **Zahl der Arbeitnehmer** in Vollzeitkräften¹ während des Geschäftsjahres gliedert sich wie folgt auf:

	2023 in VZK ¹	2022 in VZK ¹
Lehrlinge	15	14
Angestellte	200	203
Arbeiter	74	68
Beamte der Republik Österreich	4	4
	293	289

¹ Teilzeitbeschäftigte aliquot eingerechnet

In den **Aufwendungen für Altersversorgung** wird der Aufwand in Zusammenhang mit einer Pensionsverpflichtung ausgewiesen (Tsd € 77; Vorjahr: Tsd € 60), für die eine Rückstellung angesetzt ist. Der in der Veränderung der Rückstellung enthaltene Zinsaufwand wird im Finanzergebnis ausgewiesen (Tsd € 11; Vorjahr: Tsd € 35).

In den **Löhnen** ist der Ertrag aus der Veränderung der Jubiläumsrückstellung für Arbeiter der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH in Höhe von Tsd € 6 enthalten (Vorjahr: Aufwand von Tsd € 28 einschließlich Zinsaufwand). Im Geschäftsjahr 2023 beträgt der Zinsaufwand im Zusammenhang mit der Jubiläumsrückstellung für Arbeiter Tsd € 0.

In den **Gehältern** sind Aufwendungen in Zusammenhang mit der Veränderung der Jubiläumsrückstellung für Angestellte der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. in Höhe von Tsd € 50 enthalten (Vorjahr: Tsd € 60). Der in der Veränderung der Jubiläumsrückstellung für Angestellte der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. enthaltene Zinsaufwand wird im Finanzergebnis ausgewiesen (Tsd € 18; Vorjahr: Tsd € 26).

Der Aufwand aus der Veränderung der Jubiläumsrückstellung für Angestellte der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH beträgt Tsd € 5 (Vorjahr: Ertrag von Tsd € 8 einschließlich Zinsaufwand) und wird ebenfalls in den Gehältern ausgewiesen. Der in der Veränderung der Jubiläumsrückstellung für Angestellte der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH enthaltene Zinsertrag wird im Geschäftsjahr 2023 im Finanzergebnis ausgewiesen (Tsd € 1).

In den **Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen** in Höhe von Tsd € 249 (Vorjahr: Tsd € 337) sind Aufwendungen für Abfertigungszahlungen in Höhe von Tsd € 233 (Vorjahr: Tsd € 96) enthalten. Der Rest des Postens setzt sich aus dem Ertrag in Zusammenhang mit der Veränderung der Abfertigungsrückstellung in Höhe von Tsd € 134 (Vorjahr: Aufwand von € 104) und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von Tsd € 150 (Vorjahr: Tsd € 138) zusammen. Der in der Veränderung der Abfertigungsrückstellung enthaltene Zinsaufwand wird im Finanzergebnis ausgewiesen (Tsd € 32; Vorjahr: Tsd € 42).

Im Vorjahr wurden Erträge aus der **COVID-19-Kurzarbeitsbeihilfe** in Höhe von Tsd € 1 als offener Korrekturposten zum Personalaufwand ausgewiesen (2023: Tsd. € 0).

Die Bezüge des Aufsichtsrats betragen im Jahr 2023 Tsd € 6 (Vorjahr: Tsd € 5).

Von der Schutzklausel gemäß § 242 Abs 4 UGB wird Gebrauch gemacht.

Die **Aufwendungen für den Abschlussprüfer** des laufenden Geschäftsjahres umfassen Aufwendungen für die Prüfung des Einzeljahresabschlusses dieses Jahres (Tsd € 26; Vorjahr: Tsd € 24) und des Konzernabschlusses dieses Jahres (Tsd € 9; Vorjahr: Tsd € 9), für die IKS Prüfung (Tsd € 13; Vorjahr: Tsd € 0), für andere Bestätigungsleistungen (Tsd € 0; Vorjahr: Tsd € 5) sowie für sonstige Leistungen (Tsd € 7; Vorjahr: Tsd € 4).

Wesentliche **außerbilanzielle Geschäfte** gemäß § 237 Z 8a UGB liegen nicht vor.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Seit der Veranlagung des Geschäftsjahres 2011 besteht zwischen dem Mutterunternehmen, der Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H., als Gruppenträger und dem Tochterunternehmen, der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH, als Gruppenmitglied eine **Unternehmensgruppe gem. § 9 Abs. 8 KStG**.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** umfassen den Körperschaftsteueraufwand für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von Tsd € 369 (Vorjahr: Tsd € 138). Zusätzlich waren im Vorjahr in den Steuern vom Einkommen und Ertrag Steuern auf den Ertrag aus Grundstücksveräußerungen (abzüglich Refundierungen von Immobilienertragsteuern) in Höhe von Tsd € 305 ausgewiesen.

Ausgehend von den **wesentlichen** Unterschieden zwischen Unternehmens- und Steuerbilanz berechnen sich die **aktiven latenten Steuern** für das Geschäftsjahr 2023 wie folgt:

	2023		2023	2022
	Unternehmensbilanz	Steuerbilanz	Unterschied	Unterschied
	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €
Rückstellungen für				
Abfertigungen	1 857	1 145	712	767
Pensionen	1 729	1 003	726	757
Jubiläumsgelder Angestellte und Arbeiter	1 422	922	500	493
Jubiläumsgelder Beamte	0	0	0	17
Buchwerte Anlagevermögen				
PKW	3	15	12	10
Gebäude	0	516	516	559
			<u>2 466</u>	<u>2 603</u>
davon 23 % Körperschaftsteuer (Vorjahr: 23 % Körperschaftsteuer)			<u>567</u>	<u>599</u>

Da nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit feststeht, ob in nachfolgenden Geschäftsjahren steuerliche Ergebnisse zur voraussichtlichen Steuerentlastung herangezogen werden können, wurden die aktiven latenten Steuern in Höhe von Tsd € 567 (Vorjahr: Tsd € 599) nicht bilanziert.

Für die Berechnung der aktiven latenten Steuern wurde zum 31.12.2023 (wie im Vorjahr) der ab dem Jahr 2024 geltende Körperschaftsteuersatz von 23 % herangezogen, da eine Umkehr der Differenzen frühestens ab dem Jahr 2024 eintreten kann. Die letzte Veranlagung erfolgte für das Jahr 2021. Für Veranlagungen ab dem Jahr 2022 stehen Verlustvorträge in Höhe von Tsd € 48.873 zur Verfügung.

Wichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag 31.12.2023 gab es keine Vorgänge, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage hatten.

Organe der Gesellschaft:

Geschäftsführung: Dr. Stephan Hering-Hagenbeck, Wien

Aufsichtsrat: Dr. Wolfgang Schüssel, Wien (Vorsitzender)
Elke Koch, Wien (Stv. Vorsitzende)
Mag. Alexander Palma, Wien
Mag. Christa Bock, Wien
Clemens Langer, Wien (Arbeitnehmersvertreter)
Thomas Sedlak, Wien (Arbeitnehmersvertreter)

Beirat für Tiergartenbiologie, Zoologie und Ökologie:

Vorsitzender: O. Univ. Prof. Dr. Walter Arnold
1. Stv. Vorsitzender: Ao. Univ. Prof. Dr. Eva Millesi
2. Stv. Vorsitzender: Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Bugnyar

Beiratsmitglieder

O. Univ. Prof. Dr. Walter Arnold, Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie der Veterinärmedizinischen Universität Wien
Ersatzmitglied: Dr. med.vet. Gabrielle Stalder, Forschungsinstitut für Wildtierkunde und Ökologie der Veterinärmedizinischen Universität Wien

Prof. Dr. Kurt Kotrschal, Konrad Lorenz-Forschungsstelle Grünau
Ersatzmitglied: Ao. Univ. Prof. Dr. Eva Millesi, Universität Wien, Department für Verhaltensbiologie, Wien

Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Bugnyar, Universität Wien, Department für Kognitionsbiologie, Wien
Ersatzmitglied: Priv. Doz. Dr. Elisabeth Haring, Naturhistorisches Museum Wien, Zentrale Forschungslaboratorien, Wien

Dir. Dr. Dag Encke, Tiergarten Nürnberg
Ersatzmitglied: Dir. Dr. Andre Stadler, Alpenzoo Innsbruck

Univ.-Prof. Dr. Ludwig Huber, Veterinärmedizinische Universität Wien, Messerli Forschungsinstitut, Wien
Ersatzmitglied: Dr. Frank Göritz, Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung, Berlin

Prof. Dr. rer.nat. Charli Kruse, Institut für Medizinische und Marine Biotechnologie der Universität zu Lübeck, Lübeck

Förderungsbeirat:

Vorsitzende: Gerlinde Wohlauf, Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H.

Stv. Vorsitzende: Daniela Grill, Kulturformat GmbH

Beiratsmitglieder (Stand 31. Dezember 2023)

Mag. Astrid Steharnig-Staudinger, Österreich Werbung

Stellvertreterin: Mag. (FH) Sandra Neukart, Österreich Werbung

Norbert Kettner, Wien Tourismus

Stellvertreter: Mag. Robert Seydel, Wien Tourismus

Daniela Grill, Kulturformat GmbH

Stellvertreterin: Regina Arnberger, Kulturformat GmbH

Mag. Tanja Dietrich-Hübner, MAS, REWE GROUP BILLA AG & REWE International AG

Stellvertreterin: Felicia Beck, REWE GROUP BILLA AG & REWE International AG

Gerlinde Wohlauf, Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H.

Stellvertreterin: Birgit Wagesreither, Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H.

DI Thomas Posch, WESTbahn Management GmbH

Stellvertreterin: Ines Volpert, WESTbahn Management GmbH

Dipl. Ing. Wolfgang Viehauser, MSc, HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

Stellvertreterin: Mag. Petra Skala, HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

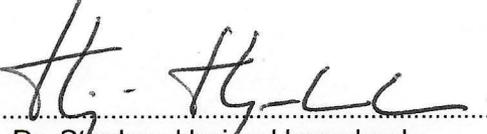
Johannes Niclassen, HARIBO GmbH & Co. KG / HARIBO Austria GmbH & Co. KG

Stellvertreter: Matthias Klein, HARIBO Austria GmbH & Co. KG / HARIBO Austria GmbH & Co. KG

Stefan Isser, D. Swarovski Tourism Service GmbH

Stellvertreter: Markus Ostermann, D. Swarovski Tourism Service GmbH

Wien, am 24.05.2024


.....
Dr. Stephan Hering-Hagenbeck

Konzernanlagenspiegel zum 31. Dezember 2023

	Anschaffungskosten				Kum. Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand	Stand	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand	Buchwerte	Buchwerte
	1.1.2023				31.12.2023	1.1.2023				31.12.2023		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
Software (einschl. Homepage) und Markenrechte	1.176.715,12	24.619,82	5.958,00	7.205,25	1.202.582,19	1.100.376,36	59.018,63	5.958,00	0,00	1.153.436,99	49.145,20	76.338,76
Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	1.207,87	1.207,87		0,00	0,00	1.207,87	1.207,87	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.176.715,12	25.827,69	7.165,87	7.205,25	1.202.582,19	1.100.376,36	60.226,50	7.165,87	0,00	1.153.436,99	49.145,20	76.338,76
abzgl. Subventionen und Zuschüsse	-15.151,28	0,00	0,00	-185,50	-15.336,78	-8.910,08	-5.112,26	0,00	-61,83	-14.084,17	-1.252,61	-6.241,20
	1.161.563,84	25.827,69	7.165,87	7.019,75	1.187.245,41	1.091.466,28	55.114,24	7.165,87	-61,83	1.139.352,82	47.892,59	70.097,56
Software und Nutzungsrechte in Planung oder Entwicklung												
Software und Nutzungsrechte in Planung oder Entwicklung	7.205,25	1.690,00	0,00	-7.205,25	1.690,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.690,00	7.205,25
abzgl. Subventionen und Zuschüsse	-185,50	0,00	0,00	185,50	0,00	-61,83	0,00	0,00	61,83	0,00	0,00	-123,67
	7.019,75	1.690,00	0,00	-7.019,75	1.690,00	-61,83	0,00	0,00	61,83	0,00	1.690,00	7.081,58
	1.168.583,59	27.517,69	7.165,87	0,00	1.188.935,41	1.091.404,45	55.114,24	7.165,87	0,00	1.139.352,82	49.582,59	77.179,14
II. Sachanlagen												
Grundstücke, Bauten auf fremden Grund												
Tirolerhof	1.148.712,01	0,00	0,00	0,00	1.148.712,01	1.112.260,87	21.302,03	0,00	0,00	1.133.562,90	15.149,11	36.451,14
Futtermeisterei	2.439.454,05	0,00	0,00	0,00	2.439.454,05	1.849.605,10	104.708,08	0,00	0,00	1.954.313,18	485.140,87	589.848,95
Bambusplantage	270.360,09	33.597,19	0,00	0,00	303.957,28	0,00	1.093,54	0,00	0,00	1.093,54	302.863,74	270.360,09
Gasthaus Tiroler Garten (Gebäude)	1.203.025,22	0,00	0,00	0,00	1.203.025,22	1.202.824,63	200,59	0,00	0,00	1.203.025,22	0,00	200,59
Baumkronenpfad "Im Wald I + II"	2.019.589,87	0,00	0,00	0,00	2.019.589,87	2.016.854,83	1.367,52	0,00	0,00	2.018.222,35	1.367,52	2.735,04
Mieterinvestitionen Maxingstraße 13	416.692,86	0,00	0,00	0,00	416.692,86	361.122,93	10.103,67	0,00	0,00	371.226,60	45.466,26	55.569,93
Übrige Investitionen in fremden Gebäuden / auf fremden Grund	5.199.080,38	122.804,63	52.086,09	17.578,56	5.287.377,48	4.258.290,00	178.751,77	52.086,09	0,00	4.384.955,68	902.421,80	940.790,38
	12.696.914,48	156.401,82	52.086,09	17.578,56	12.818.808,77	10.800.958,36	317.527,20	52.086,09	0,00	11.066.399,47	1.752.409,30	1.895.956,12
abzgl. Subventionen und Zuschüsse	-1.359.066,32	0,00	0,00	0,00	-1.359.066,32	-1.223.124,38	-13.734,42	0,00	0,00	-1.236.858,80	-122.207,52	-135.941,94
	11.337.848,16	156.401,82	52.086,09	17.578,56	11.459.742,45	9.577.833,98	303.792,78	52.086,09	0,00	9.829.540,67	1.630.201,78	1.760.014,18
Andere Anlagen, BGA												
ORANG.erie (Gehege, Gastronomie, Location)	2.569.668,08	8.440,05	23.280,06	0,00	2.554.828,07	2.298.725,28	67.272,45	23.280,06	0,00	2.342.717,67	212.110,40	270.942,80
EDV & Büromaschinen	1.473.979,62	27.648,81	21.542,37	0,00	1.480.066,06	1.321.657,22	115.302,83	21.542,37	0,00	1.415.417,68	64.668,38	152.322,40
Werkzeuge & Maschinen	401.818,68	19.187,23	6.056,07	0,00	414.949,84	336.582,82	24.906,64	6.056,07	0,00	355.433,39	59.516,45	65.235,86
Einrichtungsgegenstände	6.656.178,38	454.624,14	6.546,25	12.638,39	7.116.894,66	5.091.577,93	282.305,45	4.670,19	0,00	5.369.213,19	1.747.681,47	1.564.600,45
Energieversorgungsanlagen	379.017,64	67.994,79	0,00	136.460,78	583.473,21	326.317,41	31.694,89	0,00	0,00	358.012,30	225.460,91	52.700,23
Nachrichtenanlagen	132.014,80	12.654,14	0,00	0,00	144.668,94	66.232,24	15.883,77	0,00	0,00	82.116,01	62.552,93	65.782,56
Informationseinrichtungen & Didaktik	1.299.800,00	9.498,00	141.170,37	7.236,00	1.175.363,63	1.204.309,09	32.782,02	141.170,37	0,00	1.095.920,74	79.442,89	95.490,91
Gehege- und Aquariumeinrichtungen	30.886.140,31	441.271,92	362.474,10	54.057,48	31.018.995,61	24.543.426,72	1.296.121,27	356.897,07	0,00	25.482.650,92	5.536.344,69	6.342.713,59
Fuhrpark	2.196.336,60	0,00	1.390.505,67	0,00	805.830,93	2.079.371,58	54.023,37	1.373.476,86	0,00	759.918,09	45.912,84	116.965,02
Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	74.703,65	74.703,65	0,00	0,00	0,00	74.703,65	74.703,65	0,00	0,00	0,00	0,00
	45.994.954,11	1.116.022,73	2.026.278,54	210.392,65	45.295.090,95	37.268.200,29	1.994.996,34	2.001.796,64	0,00	37.261.399,99	8.033.690,96	8.726.753,82
abzgl. Subventionen und Zuschüsse	-6.985.425,82	0,00	0,00	0,00	-6.985.425,82	-6.214.591,69	-170.961,50	0,00	0,00	-6.385.553,19	-599.872,63	-770.834,13
	39.009.528,29	1.116.022,73	2.026.278,54	210.392,65	38.309.665,13	31.053.608,60	1.824.034,84	2.001.796,64	0,00	30.875.846,80	7.433.818,33	7.955.919,69
Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau												
Anzahlungen und Anlagen in Bau	702.648,92	3.971.371,87	11.249,34	-227.971,21	4.434.800,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.434.800,24	702.648,92
abzgl. Subventionen und Zuschüsse	-57.838,58	0,00	0,00	0,00	-57.838,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-57.838,58	-57.838,58
	644.810,34	3.971.371,87	11.249,34	-227.971,21	4.376.961,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.376.961,66	644.810,34
	50.992.186,79	5.243.796,42	2.089.613,97	0,00	54.146.369,24	40.631.442,58	2.127.827,62	2.053.882,73	0,00	40.705.387,47	13.440.981,77	10.360.744,21
III. Tierbestand	788.025,00	30.833,57	43.475,57	0,00	775.383,00	0,00	30.833,57	30.833,57	0,00	0,00	775.383,00	788.025,00
IV. Finanzanlagen												
Beteiligungen	411.772,34	0,00	0,00	0,00	411.772,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	411.772,34	411.772,34
Wertpapiere des Anlagevermögens	519.010,16	0,00	0,00	0,00	519.010,16	75.859,31	0,00	18.250,43	0,00	57.608,88	461.401,28	443.150,85
	930.782,50	0,00	0,00	0,00	930.782,50	75.859,31	0,00	18.250,43	0,00	57.608,88	873.173,62	854.923,19
	53.879.577,88	5.302.147,68	2.140.255,41	0,00	57.041.470,15	41.798.706,34	2.213.775,43	2.110.132,60	0,00	41.902.349,17	15.139.120,98	12.080.871,54

Lagebericht

der Geschäftsführung zum Geschäftsjahr 2023

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2023 geht als das wirtschaftlich erfolgreichste Jahr in die Tiergarten-Geschichte ein. Mit über **8 Millionen Euro** wurde der bisher höchste Konzernjahresüberschuss erzielt (2022: 7 Millionen Euro), der operative Cashflow, den die Tiergarten-Gruppe aus rein betrieblicher Tätigkeit (ohne Spenden) erwirtschaften konnte, lag bei über **6 Millionen Euro** (2022: 7 Millionen Euro). Die Eigenfinanzierungsquote betrug **124,4 %** (2022: 121,5 %).

Hauptverantwortlich für dieses Ergebnis war die Tatsache, dass das Besucherniveau trotz der „Rekord-Teuerung“ und der vielen sonstigen nationalen und globalen Krisen, die das Jahr beherrschten, nicht nur gehalten, sondern im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht erhöht werden konnte. Insgesamt wurden **2.052.410 Besucherinnen und Besucher** gezählt (2022: 2.038.935).

Dabei verlief das Geschäftsjahr 2023 durchwachsen: Einem erfolgreichen Start im Jänner folgten ein trüber Frühling und ein heißer Sommer mit viel Niederschlag. Wie im Vorjahr war es der Herbst, der durchgehend von stabilem, tiergarten-idealem Wetter geprägt war und bei spätsommerlichen Rekord-Temperaturen für überdurchschnittliche Besucherzahlen sorgte. Insgesamt konnte bei den **Tageskarten** ein Plus von **6 %** im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden. Die **Touristenquote** verbesserte sich ebenfalls und lag mit über **40 %** (gemessen an den Tagesgästen) wieder auf „Vor-Corona-Niveau“. Das Ausbleiben der Gäste aus Russland wurde durch den Anstieg von Touristen aus Tschechien und anderen osteuropäischen Nachbarländern mehr als ausgeglichen. Nur der Verkauf der Jahreskarten blieb im Jahr 2023 merkbar (**- 14 %**) hinter dem Vorjahr zurück: Insgesamt wurden im Jahr 2023 rund **92.000 Jahreskarten** verkauft (2022: 107.000); im Schnitt wurde jede Jahreskarte für 5,1 Besuche in den Zoo genutzt (2022: 4,7). Der Rückgang der Jahreskarten ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, die derzeit noch analysiert werden. Auch die zuletzt leider verstärkt auftretende missbräuchliche Verwendung durch Weitergabe der Jahreskarte könnte eine Rolle spielen. Durch den Anstieg bei den Tagesgästen konnte der Rückgang bei den Jahreskarten aber mehr als kompensiert werden: Insgesamt erhöhten sich die **Besucherzahlen** im Vergleich zum Vorjahr um **1 %** und überschritten erneut die Zwei-Millionen-Marke. In Kombination mit dem um rund **8 %** höheren Preisniveau führte der leichte Anstieg der Besucherzahlen zu einer signifikanten Verbesserung bei den Einnahmen: Die Eintrittserlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um **2 Millionen Euro (+ 9 %)** und kletterten auf einen neuen Rekordwert von **über 27 Millionen Euro** (2022: 25 Millionen Euro). Die Tiergarten-Gastronomie konnte ihre Einnahmen aufgrund der gestiegenen Besucherzahlen, diverser Umstrukturierungen und einer neuen Angebotslinie ebenfalls deutlich verbessern und trug zum Konzernergebnis Umsätze von knapp **10 Millionen Euro** bei (2022: 8,5 Millionen Euro).

Von den nach wie vor dramatischen globalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2023 blieben der Tiergarten Schönbrunn und seine Gastronomie nicht verschont: Die Auswirkungen der anhaltend hohen Inflation (mit durchschnittlich **7,8 %** war die Inflationsrate viermal höher als der Zielwert der EZB) waren in allen wichtigen Bereichen spürbar. Bei mehreren Bauprojekten mussten die Budgets aufgrund der Preissteigerungen erneut nach oben revidiert werden. Die Stromkosten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr ein weiteres Mal um über **80 %**. Bei den Gästen der Tiergarten-Gastronomie war im Jahr 2023 bereits ein geändertes Konsumverhalten als Folge der hohen Inflation zu bemerken. Um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im privaten Bereich ebenfalls massiv von Teuerungen betroffen waren, etwas zu

entlasten, wurde ein weiteres Mal das Modell der „Teuerungsprämie“ in Anspruch genommen und ein Betrag von bis zu 1.500 Euro steuerfrei ausgeschüttet.

Bautätigkeit

Trotz spürbarer Engpässe und Teuerungen war das Jahr 2023 von besonders reger Bautätigkeit geprägt: So wurden zum einen die im Vorjahr begonnenen Arbeiten an der Neugestaltung des **Neptun-Eingangs** und der Errichtung der **Aquarien-Artenschutz- und Erhaltungszuchtstation** (auf den ehemaligen Steinmetzgründen) fortgeführt. Beide Projekte standen Ende 2023 kurz vor der Inbetriebnahme.

Zum anderen begannen auf dem ehemaligen Areal der Mähnspringer und Berberaffen die Bauarbeiten für die neue **Gebirgstieranlage**. Mit viel Aufwand und Kunstfertigkeit soll bis zum Sommer 2024 auf 1.400 Quadratmetern eine beeindruckende Felsenlandschaft für Goldtakine, Himalaya-Tahre und andere asiatische Gebirgstiere entstehen.

Abgesehen von diesen aufwendigen Großprojekten konnten im Sommer 2023 mehrere kleinere Bauvorhaben erfolgreich abgeschlossen werden.

Ein wichtiges Projekt war die Adaptierung und Umgestaltung der **Waldrappanlage** für die Vergesellschaftung mit Bartgeiern. Anfang Juni wurden zwei Jungvögel dieser in Europa als gefährdet gelisteten Art in ihren neu errichteten Horst gesetzt. Anfang Juli wurde auf dem Dach des historischen Gebäudes der "ORANG.erie" eine 190 Quadratmeter große **Photovoltaikanlage** in Betrieb genommen, die pro Jahr bis zu 40.000 kWh Strom erzeugen soll. Im August wurde die neu gestaltete **Brillenbärenanlage** mit vielen Klettermöglichkeiten und naturnaher Bepflanzung als Gemeinschaftsanlage für zwei Brillenbären und eine Gruppe Weißrüssel-Nasenbären wiedereröffnet. Ebenfalls im August wurde die **neue Trafostation** beim Neptun-Eingang in Betrieb genommen. Das Projekt wurde federführend vom Tiergarten Schönbrunn umgesetzt, die Kosten wurden zwischen den drei zukünftigen Nutzern der Station (Schloß Schönbrunn, Burghauptmannschaft Österreich und Tiergarten Schönbrunn) im Ausmaß der erwarteten Nutzung geteilt. In der **Tiergarten-Gastronomie** wurden durch bauliche Veränderungen im Biergarten, beim Jumbo-Grill und in der ORANG.erie 100 neue Sitzplätze geschaffen: An diesen Standorten konnten in der Saison 2023 auch besonders kräftige Umsatzsteigerungen erzielt werden.

Veranstaltungen

Den Besucherinnen und Besuchern wurde im Tiergarten Schönbrunn im Jahr 2023 ein besonders buntes und abwechslungsreiches Programm geboten.

Im Jänner 2023 lud der Tiergarten zu einem außergewöhnlichen **Artenschutzkonzert** mit dem renommierten Jazz-Pianisten Joja Wendt in die ORANG.erie. Beim anschließenden Get-together informierte die Tiergarten-Geschäftsführung über aktuelle Artenschutzprojekte und Möglichkeiten der Unterstützung.

Mitte Juni fand zum 10. Mal der **Wiener Zoolauf** statt: Über 1.000 Laufbegeisterte beteiligten sich am "Jubiläums-Lauf" durch den Tiergarten Schönbrunn. Der Reinerlös kam wie in jedem Jahr zu gleichen Teilen dem Tiergarten Schönbrunn und dem Verein "PH Austria – Initiative Lungenhochdruck" zugute.

An vier Freitagen im Juni und Juli 2023 öffnete der Tiergarten Schönbrunn seine Pforten bis 21 Uhr und bot im Rahmen der **"Tierischen Sommerabende"** wieder außergewöhnliche "tierische"

Acts, gastronomische Highlights und ein abwechslungsreiches Musikprogramm. Die ersten beiden Termine fielen in diesem Jahr buchstäblich ins Wasser, umso größer war der Ansturm an den beiden Folgeterminen.

Anfang September fanden zum bereits 17. Mal die „**Artenschutztage**“ im Tiergarten Schönbrunn statt. Drei Tage lang bot der Tiergarten gemeinsam mit 30 Tier-, Natur- und Artenschutzorganisationen die Möglichkeit, auf spielerische Art Wissenswertes über bedrohte Tierarten und Artenschutzaktivitäten zu lernen.

Zoologischer Bericht / Tierbestand

Im Frühjahr übersiedelte ein stattlicher Afrikanischer Elefantenbulle aus dem Zoo Halle in den Tiergarten Schönbrunn. Der Bulle wurde 2001 in Wien geboren, er war der erste Elefant in Europa, der durch künstliche Besamung gezeugt wurde. Mit unseren vier Elefantenkühen soll er nun im Tiergarten Schönbrunn für Nachwuchs bei dieser stark bedrohten Art sorgen.

Im Februar musste unser Orang-Utan-Männchen im Alter von fast 50 Jahren eingeschlafert werden. Es war das älteste Männchen im Europäischen Erhaltungszuchtprogramm (EEP) und lebte seit über 30 Jahren im Tiergarten Schönbrunn. Trotz seines hohen Alters sorgte es in seinen letzten beiden Lebensjahren noch für zweifachen Nachwuchs. Eines der Jungtiere kam bereits im Jahr 2022 zur Welt, ein zweites wurde im Juni 2023 geboren. Beide werden von ihren Müttern bestens versorgt und entwickeln sich prächtig. Damit bereichern nun gleich zwei lebhaft Jungtiere unsere Orang-Utan-Gruppe und leisten gleichzeitig einen wichtigen genetischen Beitrag zum Europäischen Erhaltungszuchtprogramm für diese von der Ausrottung bedrohte Art.

Bei den Königspinguinen sowie den stark gefährdeten Felsenpinguinen gehört der Tiergarten Schönbrunn zu den wenigen Zoos weltweit, in denen die Nachzucht seit vielen Jahren regelmäßig gelingt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Tiergartens gab es im Jahr 2023 gleich zwei Küken bei den Königspinguinen. Bei den Felsenpinguinen freuten wir uns über 10 Küken – darunter eine kleine Premiere: Zum ersten Mal sorgte eines jener zwei Felsenpinguin-Männchen, die im Jahr 2016 verletzt und völlig entkräftet vor der Küste Australiens gefunden worden waren und danach im Tiergarten Schönbrunn ein neues Zuhause gefunden hatten, für Nachwuchs.

Auch bei den Krauskopfpelikanen gab es besonderen Grund zur Freude: Im Frühling schlüpfen drei Küken – der erste Nachwuchs seit der Gründung der neuen Pelikan-Gruppe im Jahr 2018.

Darüber hinaus freute sich der Tiergarten Schönbrunn unter anderem über Jungtiere bei den Faultieren, den Kalong Flughunden und den Mähnenrobben. Bei den Kurzohrrüsselspringern im Wüstenhaus kamen Zwillinge zur Welt, bei den Schwarzschwanz-Präriehunden gab es gleich 6-fachen Nachwuchs und bei den seltenen Baumhöhlen-Krötenfröschen konnten über 500 winzige Jungfrösche erfolgreich nachgezüchtet werden.

Gegen Jahresende glückte sogar eine Weltpremiere: Als erstem Zoo der Welt gelang dem Tiergarten Schönbrunn die Nachzucht des Krokodilschwanztejus, *Crocodylus amazonicus*. Damit konnte ein wichtiger Grundstein für ein besseres Verständnis dieser kaum erforschten südamerikanischen Reptilienart gelegt werden.

Auch in der Wildbahn konnte der Tiergarten Schönbrunn im Jahr 2023 viel zum Artenschutz beitragen: 81 Nördliche Batagur-Flussschildkröten konnten in vom Tiergarten Schönbrunn aufgebauten Stationen in Bangladesch gezüchtet werden. 30 dieser von der Ausrottung bedrohten Reptilien wurden 2023 in geschützten Teichen wiederangesiedelt. Erfreuliche Nachrichten gab es auch von der einzigen heimischen Schildkrötenart. Mit Unterstützung des Tiergartens wurden 2023 doppelt so viele Gelegepatenschaften für die Europäische Sumpfschildkröte im Nationalpark

Donau-Auen abgeschlossen wie im Jahr zuvor - ein wichtiger Beitrag zu ihrem Schutz. Im Rahmen des EU-LIFE Projekts zur Wiederansiedlung des Waldkräppchens, dessen Leitung der Tiergarten Schönbrunn übernommen hat, wurden 32 Küken, die im Tierpark Rosegg geschlüpft sind, aufgezogen und anschließend per Ultraleichtflugzeug erstmals in ein neues Wintergebiet in Andalusien gelotst. Im Februar 2023 fand in Südafrika auf Initiative des Tiergarten Schönbrunn ein Workshop mit 22 Teilnehmern aus 10 Nationen zur Rettung der stark bedrohten Schuppentiere statt. Ziel des Workshops war es, im Sinne des "One-Plan-Approaches" der Weltnaturschutzorganisation IUCN Ex-situ- und In-situ-Experten aus aller Welt zu vernetzen. Zum ersten gemeinsamen Projekt entwickelte sich das Schuppentier-Schutzprojekt der „Pangolin Conservation & Research Foundation“ (PCRF) im Nordosten Namibias, an dem sich der Tiergarten Schönbrunn seit Anfang 2024 maßgeblich beteiligt.

Forschung und Entwicklung

Forschung gehört neben Erholung, Artenschutz und Bildung zu den vier Hauptaufgaben zeitgemäßer Tiergärten. Der Tiergarten Schönbrunn ist auch gesetzlich angehalten, Tiere nach dem neuesten Stand tiergärtnerischer Erkenntnisse zu halten und wissenschaftliche Forschung auf allen Gebieten der Tiergartenbiologie zu ermöglichen. Für Aufwendungen für Forschung und experimentelle Entwicklung nimmt die Gesellschaft jedes Jahr die Forschungsprämie in Höhe von 14 Prozent der Forschungsaufwendungen in Anspruch.

Im Jahr 2023 konnten mehrere wichtige neue Erkenntnisse gewonnen und publiziert werden.

So konnte ein Forscherteam im Tiergarten erstmals zeigen, dass sich das Geschlecht des Krokodiltejus anhand eines speziellen Schuppenmusters bestimmen lässt. Über zwei Jahre lang wurden die Schuppen von ausgewachsenen und frisch geschlüpften Krokodiltejus im Tiergarten Schönbrunn untersucht. Eine anschließende Überprüfung der Geschlechtsorgane mittels Computertomographie an der VetMed Uni Wien bestätigte die Vermutung: Die Schuppen erwiesen sich als zuverlässige, nicht-invasive Methode zur Bestimmung des Geschlechts.

Für Aufsehen in der Fachwelt und ein weltweites Medienecho sorgte auch eine vom Tiergarten Schönbrunn geleitete Studie, die Hinweise dafür lieferte, dass sich junge Wallace-Flugfrösche als Vogel-Kot tarnen, um sich vor Fressfeinden zu schützen. Die Ergebnisse der im Regenwaldhaus durchgeführten wissenschaftlichen Versuchsreihe wurden im Jahr 2023 in der renommierten Fachzeitschrift „Behavioral Ecology and Sociobiology“ veröffentlicht.

Eine der wichtigsten Forschungsstätten mitten im Tiergarten Schönbrunn ist der auffällige Winklerfrosch-Container. Seit über 15 Jahren finden in Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Forschungspartnern Versuche mit Winklerfröschen statt, die regelmäßig neue Erkenntnisse zu Tage bringen. Zusätzlich zu den Versuchen mit den im Tiergarten Schönbrunn gehaltenen aus Borneo stammenden Winklerfroscharten wurde im Jahr 2023 im Rahmen eines "International Research Experience for Students" auch eine vergleichende Feldstudie von Bewegungsabläufen bei nahe verwandten Arten der indischen Gattung *Micrixalus* durchgeführt.

Während unsere Besucher durch die Scheiben des Frosch-Containers spannende Einblicke in Forschungsarbeiten des Zoos gewinnen können, werden sie bei einem anderen Projekt sogar selbst eingebunden: Im Rahmen eines Citizen-Science-Programms können Tiergarten-Besucher seit dem Jahr 2020 mittels einer eigens entwickelten App („KraMobil“) Krähenbeobachtungen im Zoo eingeben und Krähenart, Aufenthaltsort, Gruppengröße und Verhalten erfassen sowie mittels Foto dokumentieren. Ziel ist es, die Gruppendynamik von Krähen in verschiedenen Arealen des

Tiergartens zu beschreiben.

Seit dem Jahr 2022 ist darüber hinaus auch ein innovativer Forschungsapparat, der "Crowbuddy", im Tiergarten Schönbrunn im Einsatz. Mit Hilfe des Crowbuddys sollen Krähen im Tiergarten im Rahmen trainiert werden, Müll gegen eine Futterbelohnung einzutauschen. Eine eigens programmierte Künstliche Intelligenz (KI) erkennt, welche Objekte von den Krähen eingeworfen werden, und belohnt die Tiere für „richtige“ Objekte (Papier, Plastik, Kronkorken), während auf „falsche“ Objekte (Zweige, Blätter, Steine) keine Belohnung folgt. Zentrale Fragen dieser Forschung sind unter anderem, wie Krähen lernen, den Crowbuddy zu bedienen und wie sich dieses Wissen in der Population verbreitet. Ende 2023 übersiedelte der Crowbuddy vom Regenwaldhausplatz zum Streichelzoo. Im Rahmen eines Forschungspraktikums erfolgt aktuell die Habituation der Krähen am neuen Standort.

Ein weiterer wichtiger Citizen Science- und Citizen Conservation-Schwerpunkt betrifft Grundlagenforschung zu bedrohten heimischen Arten, wobei der Fokus auf den Amphibien liegt, die weltweit als die am stärksten von der Ausrottung bedrohte Wirbeltiergruppe gelten. Der Pilz *Batrachochytrium salamandrivorans* (Bsal) könnte eine starke Bedrohung für heimische Schwanzlurche darstellen. In den Niederlanden und Belgien hat er bereits zu einem 90 %igen Rückgang der Feuersalamander geführt, in Bayern wurden bereits die ersten Fälle in unmittelbarer Grenznähe zu Österreich entdeckt. Mit dem Ziel, die potentielle Gefahr und den Infektionsstatus österreichischer Salamander und Molche einschätzen zu können, werden unter Projektleitung des Tiergarten Schönbrunn jedes Jahr stichprobenartig Untersuchungen an Feuersalamandern durchgeführt. Im Jahr 2023 wurden Hautabstriche von insgesamt 111 Feuersalamandern an vier Standorten in Wien gesammelt. Niederösterreich, Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg lieferten zusätzlich 310 Proben.

Beteiligungen und Tochtergesellschaften

Der Tiergarten Schönbrunn führt gemeinsam mit den Österreichischen Bundesgärten das „Wüstenhaus“ in Form der „ARGE Sonnenuhrhaus“ und hält Beteiligungen an der Tiergarten Schönbrunn Gastronomie GmbH (100 %) und der Dipl. Tzt. Thomas Voracek KG (75 %).

Im „**Wüstenhaus**“ vor den Toren des Tiergarten Schönbrunn wurden 2023 rund 196.000 Besucher gezählt, 22 % mehr als im Vorjahr. Damit konnte das Vorjahresergebnis (das beste Besucherergebnis seit 20 Jahren) übertroffen werden. Aufgrund der hohen Besucherzahlen konnte auch eine deutliche Umsatzsteigerung erzielt werden (+ 26 %). Insgesamt errechnet sich für das Jahr 2023 ein Gewinn von Tsd € 378 (Vorjahr: Tsd € 259), das bisher beste Ergebnis seit Gründung der ARGE Sonnenuhrhaus.

Die **Dipl. Tzt. Thomas Voracek KG**, die tierärztliche Ordination, an der der Tiergarten Schönbrunn als Kommanditist mit 75 % beteiligt ist, konnte ihre Umsätze im Jahr 2023 ebenfalls steigern (+ 15%). Der Gewinn erhöhte sich in Folge von Tsd € 114 im Vorjahr auf Tsd € 199; der Anteil des Tiergartens am Gewinn betrug Tsd € 58 (Vorjahr: Tsd € 1).

Finanzielle Leistungsindikatoren des Schönbrunner Tiergarten-Konzerns

In Zahlen stellt sich der wirtschaftliche Erfolg des Jahres 2023 wie folgt dar:

Ertragskennzahlen

Die **Umsatzerlöse** des Jahres 2023 betragen Tsd € 39 733. Damit wurde ein neuer Rekord aufgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr (Tsd € 36 391) konnte ein Anstieg von 9,2 % erzielt werden. Dieses Ergebnis spiegelt wider, dass das hohe Besucherniveau von über 2 Millionen auch im Jahr 2023 - trotz der "Rekord-Inflation" und der vielen sonstigen nationalen und globalen Krisen - gehalten und sogar geringfügig gesteigert werden konnte. Darüber hinaus waren ganzjährig höhere Preise in Kraft. Neben den Eintrittserlösen verbesserten sich die Umsatzerlöse aus nahezu allen anderen Sparten, wie insbesondere die Pachterträge und die Einnahmen aus zoopädagogischen Veranstaltungen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** haben sich im Vergleich zum Vorjahr hingegen deutlich verringert (-37,2 %). Der Rückgang ist insbesondere auf Einmaleffekte im Vorjahr (insbesondere ungewöhnlich hohe Erträge aus Verlassenschaften und Spenden) zurückzuführen. Im Jahr 2023 betragen die Einnahmen aus Verlassenschaften Tsd € 1 164 (Vorjahr: Tsd € 3 118). Die Spenden und Patenschaften verringerten sich von Tsd € 1 417 (Vorjahr) auf Tsd € 1 047 (2023).

In Summe wurden betriebliche Erträge (Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge) von Tsd € 42 863 erzielt, d.s. 3,6 % mehr als im Vorjahr (Tsd € 41 371).

Die **Materialaufwendungen und Aufwendungen für bezogene Leistungen**, die im Wesentlichen den Wareneinkauf und das Leihpersonal der Gastronomie sowie die Futterbeschaffung für die Tiere des Tiergartens betreffen, sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich (+ 8,5 %) gestiegen.

Der **Personalaufwand** des Jahres 2023 stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 %. Wie im Vorjahr wurde auch im Jahr 2023 eine steuerfreie Teuerungsprämie an die gesamte Stamm-Mannschaft ausgezahlt.

Bezogen auf die Summe der betrieblichen Erträge beträgt der **Anteil der gesamten Personalaufwendungen** 40,1 % (Vorjahr: 39,4 %). Der angestrebte Richtwert für diese Kennzahl von 50 % wurde somit - trotz der Auszahlung der Teuerungsprämie - erneut sehr deutlich unterschritten.

Die **Abschreibungen** sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken (-6,4 %).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** weisen ebenfalls einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr aus (-1,4 %). Obwohl sich die Aufwendungen für Energie massiv erhöht haben, konnte dieser Anstieg durch die Verringerung übriger Aufwendungspositionen kompensiert werden. So fiel insbesondere der Pachtaufwand an die Republik Österreich aufgrund einer Änderung des Vertrages niedriger als im Vorjahr aus. Auch der Aufwand für Fundraising sowie der Beratungsaufwand sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

In Summe betragen die betrieblichen Aufwendungen des Jahres 2023 (einschließlich Personal und Abschreibungen) Tsd € 34 981. Sie liegen damit um 2,6 % über dem Vorjahr (Tsd € 34 084).

Insgesamt fällt die Verbesserung der Erträge höher aus als der Anstieg der Aufwendungen. In Folge haben sich **Betriebsergebnis und EBIT** im Vergleich zum Vorjahr verbessert und mit über 7 Millionen Euro neue Rekordwerte erreicht (Tsd € 7 882 bzw. Tsd € 8 629, Vorjahr: Tsd € 7 287 bzw. Tsd € 7 464).

Das **Finanzergebnis** (Tsd € 686; Vorjahr: Tsd € 73) beinhaltet im Wesentlichen die Zinserträge aus den Bankguthaben, den Zinsaufwand der Personalrückstellungen sowie die Beteiligungsergebnisse aus der Voracek KG und der ARGE Sonnenuhrhaus. Die auffällige Erhöhung spiegelt zum einen den deutlichen Anstieg des Zinsniveaus und zum anderen die Ergebnisverbesserung der ARGE Sonnenuhrhaus ("Wüstenhaus") und der Dipl. Tzt. Thomas Voracek KG wider.

Nach Einbeziehung des Finanzergebnisses sowie der Steuern errechnet sich ein **Jahresüberschuss** von Tsd € 8 198 (Vorjahr: Tsd € 6 918). Die **Eigenfinanzierungsquote**¹ kletterte auf beeindruckende 124,4 % (Vorjahr: 121,5 %).

Auch die **Rentabilitätszahlen** spiegeln die Ergebnisverbesserung wider: Es errechnen sich eine Umsatzrentabilität² von 21,72 % (Vorjahr: 20,51 %), eine Eigenkapitalrentabilität³ von 25,40 % (Vorjahr: 30,40 %) und eine Gesamtkapitalrentabilität⁴ von 18,06 % (Vorjahr: 20,76 %).

¹ Verhältnis sämtlicher Erträge zu sämtlichen Aufwendungen des Jahres

² EBIT / Umsatzerlöse

³ Ergebnis vor Steuern / Eigenkapital am Anfang des Geschäftsjahres

⁴ EBIT / Gesamtkapital am Anfang des Geschäftsjahres

Kennzahlen zur Vermögenslage

Die Verbesserung der Ertragslage (s.o.) führte dazu, dass auch die Liquidität des Konzerns deutlich gestiegen ist (siehe Cashflow). Die flüssigen Mittel betragen zum 31.12.2023 ein Vielfaches des verzinslichen Fremdkapitals: Es liegt somit wie im Vorjahr keine (Netto-)Verschuldung vor. Auch das **Nettoumlaufvermögen (Working Capital)**⁵ ist Ausdruck der hohen Liquidität und beträgt zum 31.12.2023 Tsd € 32 005 (Vorjahr: Tsd € 27 119). Die Eigenkapitalquote⁶ hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht: Sie liegt mit 75,57 % weit über dem gesetzlich geforderten Wert von 8 % (Vorjahr: 70,60 %).

⁵ Differenz zwischen Umlaufvermögen inkl. kurzfristiger Rechnungsabgrenzungsposten und kurzfristigem Fremdkapital inkl. kurzfristiger Rechnungsabgrenzungsposten

⁶ Eigenkapital / Gesamtkapital

Cashflow-Kennzahlen

Der **operative Cashflow**, den der Schönbrunner Tiergarten-Konzern im Jahr 2023 ohne Berücksichtigung von Spenden und Verlassenschaften erwirtschaftete, war beachtlich: Insgesamt wurden Tsd € 6 271 (Vorjahr: Tsd € 7 124) aus dem laufenden Betrieb vereinnahmt. Zu diesem hohen operativen Cashflow trugen primär die Rekord-Umsatzerlöse des Jahres bei.

Damit war der Mittelüberschuss aus dem operativen Bereich ausreichend, um die hohen **Investitionsausgaben** des laufenden Jahres zur Gänze zu decken. Insgesamt wurden im Jahr 2023 liquide Mittel in Höhe von Tsd € - 4 813 (Vorjahr: Tsd € - 2 891) für Investitionstätigkeiten eingesetzt; die größten Teile davon flossen in die Arbeiten an der "Aquarien-Artenschutz- und Erhaltungszuchtstation" und an der neuen Asiatischen-Gebirgstiere-Anlage sowie in das Projekt "Neptuneingang".

Zusätzlich wurden im Jahr 2023 Mittel aus der **Außenfinanzierung** vereinnahmt: Diese umfassten im Wesentlichen Einnahmen aus privaten Spenden und Erbschaften in Höhe von Tsd € 3 584 (Vorjahr: Tsd € 2 034 inkl. staatlicher Investitionsprämie). Der Konzern erhielt im Jahr 2023 keinen Gesellschafterzuschuss (Vorjahr: außerordentlicher Zuschuss zur Abdeckung des Verlustes 2021 in Höhe von Tsd € 2 600). Kredite wurden im Geschäftsjahr 2023 weder aufgenommen noch

getilgt (Vorjahr Tilgung: Tsd € 129).

Insgesamt hat sich der Stand der **liquiden Mittel** deutlich erhöht: Er stieg von Tsd € 31 357 auf Tsd € 36 400 (+ Tsd € 5 043; Vorjahr: + Tsd € 8 738). Damit ist die Basis für die anstehenden Investitionen - wie insbesondere den geplanten Bau des neuen Artenschutz-Aquariums - gegeben. Die gute Ausstattung mit liquiden Mitteln bietet dem Konzern aber auch den dringend notwendigen "Sicherheitspolster" für unvorhersehbare Krisensituationen (s.u.).

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Der verantwortungsvolle Umgang mit Risiken aller Art gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Geschäftsführung und der leitenden Angestellten. Zu diesem Zweck sind bereits seit vielen Jahren zahlreiche Kontrollen, Vorbeuge- und Überwachungsmaßnahmen in Verwendung. Im Jahr 2016 wurde mit externer Unterstützung ein den gesamten Betrieb umfassendes **Risikomanagementsystem** als weiterer Baustein unseres Integrierten Managementsystems eingeführt, 2018 erfolgte die letzte umfassende Aktualisierung.

Die **COVID-19-Krise** hat die Risikoeinschätzung der Gesellschaft ab dem Jahr 2020 massiv verändert. Trotz genauer Beobachtung der Risikolandschaft waren die Auswirkungen dieser Krise für niemanden vorhersehbar gewesen – und sind es bis heute nicht. Die weiteren Entwicklungen und die Wahrscheinlichkeit einer ähnlichen globalen Krise können zum derzeitigen Zeitpunkt nach wie vor nicht seriös prognostiziert werden. Der massive Umsatzentgang während der in Summe mehr als 7-monatigen Schließung des Tiergartens hat uns das mögliche Ausmaß dieses Risikos jedenfalls drastisch vor Augen geführt. Die Geschäftsführung legt den Fokus seither (noch) stärker auf die Liquiditätssteuerung, um das Risiko der Zahlungsunfähigkeit in Folge eines Lockdowns zu verringern.

Auch das Risiko von Einschränkungen im Reiseverkehr muss angesichts der Ereignisse der letzten Jahre (Covid-19-Krise und Ukraine-Krieg) neu bewertet werden. Insbesondere der Krieg in Europa hält derzeit viele Gäste aus Übersee von einer Reise nach Österreich ab. Auch bei den Nachbarländern, aus denen besonders viele der Gäste des Tiergarten Schönbrunn anreisen, besteht das Risiko, dass es im Fall des Ausbrechens einer Pandemie wieder zu spürbaren Einbrüchen kommen kann.

Ein weiteres wichtiges Risiko, mit dem wir uns aufgrund der jüngsten Entwicklungen intensiv beschäftigen, betrifft die **Versorgung mit Wärme und Strom**. Wir arbeiten kontinuierlich daran, unsere Energieabhängigkeit zu verringern - auch um für drohende Energieengpässe, sog. "Brownouts", bis hin zum Eintritt eines kompletten "Blackouts", so gut es geht, gewappnet zu sein. Oberstes Ziel ist, in einem solchen Fall zumindest das Überleben besonders bedrohter im Tiergarten gehaltener Tiere sichern zu können und dadurch dramatische, monetär jedoch schwer zu bewertende Schäden bestmöglich zu verhindern. Zum derzeitigen Zeitpunkt lassen sich die bisher gewonnenen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen (noch) nicht in Zahlen fassen, da die Rahmenparameter noch nicht vollständig fixiert sind (z.B. Prüfung Geothermie).

Zu den wichtigsten in den vergangenen Jahren identifizierten Risiken gehören externe und nur begrenzt beeinflussbare Faktoren, wie anhaltende Schlechtwetterphasen, das Freizeitverhalten der Menschen, die konjunkturelle Entwicklung, unerwartete Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie das Risiko, dass öffentliche Mittel für den Tiergarten Schönbrunn aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen gekürzt oder gestrichen werden. Zu den „Top-Risiken“ zählen aber auch spezifische Zoo-Risiken wie auf unseren Tierbestand übergreifende Tierseuchen

oder die unwahrscheinliche Möglichkeit eines Tierausbruchs eines besonders gefährlichen Tieres. Das Risiko, dass Krankheiten durch Besucher oder wildlebende Tiere eingeschleppt werden, konnte in der Vergangenheit kaum reduziert werden. Als Maßnahme zur Begrenzung dieses Risikos wurde im Jahr 2021 ein Außenzaun rund um den Tiergarten fertiggestellt, um in Zukunft insbesondere Füchse wirksam abzuhalten. Dadurch soll verhindert werden, dass wertvolle Tiere einem Beutegreifer zum Opfer fallen, und der Tierbestand gleichzeitig vor eingeschleppten Krankheiten und Seuchen wie zB der Staupe geschützt werden. Der Außenzaun wird regelmäßig evaluiert und bei Bedarf überarbeitet.

Aufgrund der Ereignisse in anderen europäischen Städten wird auch dem Risiko, Ziel eines Terrorakts zu werden, Aufmerksamkeit beigemessen. Zur Begrenzung dieses Risikos hat unser Nachbar, die Schloß Schönbrunn Kultur- und BetriebsgesmbH, bereits vor einiger Zeit ein umfassendes Sicherheitskonzept für das Gesamtareal Schönbrunn erstellt, das regelmäßig gemeinsam mit uns überprüft wird. Unser eigener Notfall- und Evakuierungsplan wurde im Jahr 2021 unter Einbeziehung eines externen Sicherheitsexperten in zwei internen Arbeitsgruppen vollständig überarbeitet. Unsere Sicherheitskonzepte werden seither regelmäßig mit externen Sicherheitsbehörden (Polizei und Feuerwehr) evaluiert und abgestimmt.

Abgesehen von den strategischen „Top-Risiken“ gibt es eine Reihe „kleinerer“, operativer Geschäftsrisiken, bei denen durch das Etablieren entsprechender Richtlinien und vorbeugender Kontrollmechanismen eine Reduzierung sowohl der Eintrittswahrscheinlichkeit als auch der Auswirkung erreicht wird. Mit unseren Großlieferanten und wesentlichen Kunden verbinden uns zu einem großen Teil langjährige Geschäftsbeziehungen, langfristige Verträge werden durchwegs mit fixierten und daher kalkulierbaren Preisklauseln versehen. Auch das Risiko von Währungs- und Zinsschwankungen wird durch ausreichende Kontrollen überwacht. Unsere bestehenden Verträge sind mit Ausnahme der Vereinbarung über die Überlassung der Großen Pandas auf Euro-Basis abgeschlossen, durch die nach wie vor sehr gute Liquidität gab es auch im Geschäftsjahr 2023 keinen Bedarf an verzinslichem Fremdkapital. Für die Absicherung von Währungs- und Zinsschwankungen sind keine Finanzinstrumente eingesetzt.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2024

In **zoologischer Hinsicht** gab es in den ersten Monaten des Jahres 2024 bereits vielfachen Grund zur Freude: Bei den Burchell-Zebras kamen im März gleich zwei Fohlen zur Welt, bei den Vosseler-Zweihornchamäleons schlüpften 4 winzige Jungtiere und auch bei den Capybaras gibt es aktuell 4-fachen Nachwuchs. Zum ersten Mal in der Geschichte des Tiergarten Schönbrunn freuen wir uns auch über Straußen-Nachwuchs: Gleich vier aufgeweckte Küken bei den von der Ausrottung bedrohten Rothalsstraußen halten derzeit unsere Tierpfleger auf Trab.

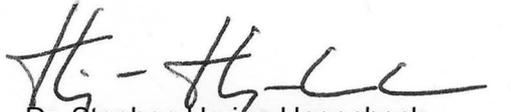
Auch in **wirtschaftlicher Hinsicht** verlief der Start in das Jahr 2024 für den Tiergarten Schönbrunn und seine Gastronomie sehr erfolgreich: Die ersten Monate waren von schönem Wetter und ungewöhnlich milden Temperaturen geprägt. Ostern fiel heuer bei strahlendem Frühlingwetter in die letzte März-Woche. Im Vergleich zum Vorjahr wurden in den ersten Monaten deutlich mehr Tageskarten verkauft. Erfreulicherweise konnte auch bei den im Vorjahr rückläufigen Jahreskarten ein kräftiges Plus erzielt werden, die Möglichkeiten des Betrugs durch Weitergabe der Jahreskarte haben wir durch verstärkte Kontrollen eingedämmt.

Der Jänner 2024 wurde genutzt, um den **Kaiserpavillon** umzugestalten und neu einzurichten: So wurden unter anderem die Thonet-Stühle durch Polstermöbel ersetzt und ein neuer Teppichboden zur Verbesserung der Akustik verlegt. Rechtzeitig zu Saisonbeginn 2024 konnte auch der umgestaltete **Neptun-Eingang** erfolgreich fertiggestellt werden. Die **Aquarien-Artenschutz- und**

Erhaltungszuchtstation steht ebenfalls kurz vor der Inbetriebnahme: In Kürze werden bereits die ersten bedrohten Süßwasserfische aus dem Backstage-Bereich des alten Aquarienhauses übersiedelt. Zukünftig sollen in der neuen Station hunderte hochbedrohte und zum Teil bereits in der Wildbahn ausgerottete aquatische Arten in Form von Reservepopulationen langfristig gehalten und gezüchtet werden.

Insgesamt stimmen uns die aktuellen Entwicklungen und bisher vorliegenden Zahlen zuversichtlich, dass wir den Kurs des letzten Jahres auch im Jahr 2024 fortsetzen und die vielen anstehenden Projekte erfolgreich in Angriff nehmen und umsetzen können.

Wien, am 24.05.2024



Dr. Stephan Hering-Hagenbeck
Geschäftsführer

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr. 140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissensklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch

mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die dem Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufstüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabeverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmengeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabebemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer

Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.